

**Statusbericht
Bürgerhaushalt 2010
Stand 30.04.2011**

**Ausschuss Soziales und
Senioren**

Ausschuss: SOZ

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift	Schule/Bildung
63	1527-10	Bürgerzentrum Engelshof - generationsübergreifendes Lernen - Bildung, die Bock macht!	

Vorschlagstext

Im Bürgerzentrum Engelshof finden seit 1976 Bildungsangebote für Kinder, Familien, Jugendliche, Erwachsene und Senioren statt. Gelernt wird hier nicht nur in Kursen und Workshops, sondern auch informell durch freiwillige Angebote und Begegnung aller Schichten und Kulturen. Getragen durch großes ehrenamtliches Engagement drohen durch die städtischen Kürzungen starke Einbußen. Deshalb muss alles getan werden, um dieses Angebot zu erhalten

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Die Arbeit des Bürgerzentrums Engelshof, dessen Träger der Bürgerzentrum Engelshof e.V. ist, orientiert sich an dem vom Rat der Stadt Köln 2008 beschlossenen Rahmenkonzept der Kölner Bürgerhäuser und Bürgerzentren. Die Arbeit der Bürgerzentren orientiert sich an sieben Handlungsfeldern, so auch am Handlungsfeld Erziehung, Bildung und Qualifizierung. Die zentrale Aufgabe der Bürgerhäuser und Bürgerzentren besteht darin, geeignete Angebotsstrukturen zu entwickeln, die einerseits den Bedarfen der Bürgerinnen und Bürger und andererseits den Ressourcenmöglichkeiten des Trägers entsprechen. An den Ressourcen der Einrichtung beteiligt sich die Stadt Köln mit einem Betriebskostenzuschuss. Unter diesen Prämissen wird das spezifische und profilierte Programm der Einrichtung in Ziel- und Leistungsvereinbarungen dargestellt. Die Verwaltung wird in den Abstimmungsgesprächen mit dem Bürgerzentrum Engelshof e. V. zum Abschluss der Ziel- und Leistungsvereinbarungen das Anliegen des Antrags, die Bildungsangebote für Kinder, Familien, Jugendliche, Erwachsene und Senioren zu erhalten, thematisieren. Die Entscheidung über die Angebotsschwerpunkte des Bürgerzentrums Engelshof liegt entsprechend den Regelungen des Rahmenkonzepts beim Träger.

Ausschuss	Bezirk
SOZ	7

Entscheidung des Rates

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

Umsetzungsstand

Der im Doppelhaushalt 2010/2011 veranschlagte Betriebskostenzuschuss wurde gegenüber den Vorjahren nicht gekürzt.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift	Schule/Bildung
73	66-10	Runder Tisch Buchforst	

Vorschlagstext

Der Runde Tisch Buchforst wird ab März 2010 nicht mehr durch öffentliche Mittel finanziert. Da der Runde Tisch aber ein soziales Auffangbecken für den Stadtteil Buchforst ist, ist eine Weiterführung durch die Stadt unbedingt erforderlich.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Das Stadtteilzentrum Buchforst (Runder Tisch) ist aus dem Bund-Länder-Programm Soziale Stadt hervorgegangen und leistet seit 2003 eine beispielhafte Stadtteilarbeit, die eine hohe integrative Wirkung erzielt und alle Generationen, insbesondere auch Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, einbezieht. Das Stadtteilzentrum ist als Bürgerbegegnungsstätte die Plattform in Buchforst, die bürgerschaftliches Engagement ermöglicht und Segregation abbaut. Die Arbeit des Stadtteilzentrums wird für sinnvoll und notwendig erachtet. Für das Jahr 2010 ist die Finanzierung der Einrichtung aus Restmitteln von 2004/2005 des Mülheim-Programms (3. Programmstufe) beantragt. Zum jetzigen Zeitpunkt (31.01.2010) fehlt noch die formale Rückmeldung der Bezirksregierung. Da es sich um bewilligte Projektmittel handelt, die umgeschichtet werden, ist eine Zustimmung zu erwarten.

Ausschuss	Bezirk
SOZ	9

Entscheidung des Rates

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

Umsetzungsstand

Die Finanzierung für das Jahr 2011 ist durch Veranschlagung im Haushalt sichergestellt.

Rang	Vorschl. Nr.	Überschrift	Schule/Bildung
85	1085-10	Kölner Erzähl- und Begegnungscafé	

Vorschlagstext

Im Kölner Erzähl- und Begegnungscafé treffen junge Kölnerinnen und Kölner mit Überlebenden der Nazi-Diktatur zusammen. Sie lernen im Dialog mit den Überlebenden Vorurteile zu überwinden und wachsam gegenüber Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu sein. Die direkte Begegnung mit den Überlebenden und ihrem Schicksal macht sehr oft tiefen Eindruck auf die Jugendlichen. Wenn der Träger des Kölner Erzähl- und Begegnungscafés, der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V., keine Unterstützung durch die Stadt Köln und ihre Bürger erhält, ist dieses seit fünf Jahren erfolgreich laufende Projekt akut gefährdet. Das Erzähl- und Begegnungscafé verursacht Kosten von etwa ? 15.000 pro Jahr.

Stellungnahme der Verwaltung zur Vorbereitung des Ratsentscheids

Im Kölner Begegnungscafe treffen sich seit ca. 5 Jahren Holocaust-Überlebende aus Köln und Umgebung. Sie tauschen untereinander ihre Erfahrungen aus und verbringen einen geselligen Nachmittag in der Residenz am Dom, helfen sich beim Umgang mit den Belastungen in Folge von Verfolgung und Alter und erfahren Unterstützung durch den Träger "NS-Bundesverband Information und Beratung". Der Träger übernimmt die gesamte Organisationsarbeit einschließlich eines Hol- und Bringdienstes für diejenigen, die nicht mehr alleine ausgehen können, versucht die Überlebenden zu beraten und Unterstützung im Kölner Pflege- und Hilfesystem für Senioren zu vermitteln. Einmal im Monat findet zusätzlich ein öffentliches Begegnungscafe statt, zu dem junge Kölner und Kölnerinnen sowie Referenten oder Überlebende aus dem Kölner Kreis eingeladen werden, um an Hand von Einzelschicksalen über Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus zu sprechen. Das Erzähl- und Begegnungscafe verursacht Kosten von ca. 15.000 EUR pro Jahr. Bisher erhält das Projekt von der Stadt Köln keine Unterstützung. Die Fortführung des Projektes ist akut gefährdet, da der Träger bisher keine Finanzierung erreichen konnte und nicht über genügend Eigenmittel verfügt.

Ausschuss Bezirk

SOZ 1

Entscheidung des Rates

Der Rat hat die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme beauftragt.

Umsetzungsstand

Die Fortführung des Kölner Erzähl- und Begegnungscafés ist gesichert, da der Rat im Veränderungsnachweis eine Bezuschussung in Höhe von 15.000 EUR beschlossen und entsprechende Mittel bereit gestellt hat.